

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Schriftleitung und Verlag
Tübingen, Uhlandstraße 2
Fernruf: 2141/42/43
Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr. -
Kreisausgaben für Tübingen, Freudenstadt, Balingen, Heddingen, Mönningen, Rottlingen, Horb, Calw und Tübingen a. N.

Einzelpreis 20 Pfennig
monatlicher Bezugspreis
durch Träger 1.50 RM.
durch die Post 1.74 RM.
Anzeigenpreis: Gesamt-
ausgabe 1.20 RM., Kreis-
ausgabe 0.40 RM. je mm
Chiffregebühr 1.- RM.
Erscheinungstage:
Dienstag und Freitag

C H o B H g T M R T b l

2. Jahrgang

Dienstag, den 16. Juli 1946

Nummer 56

Politischer Instinkt

Der französische Ministerpräsident Bidault hat in seiner großen Rede über das deutsche Problem auf der Pariser Außenministerkonferenz nicht ohne Grund gesagt, es wäre eine Illusion, wenn man annehmen wollte, daß nach Aufhebung der Besetzung die eingeleitete Demokratisierung Deutschlands ohne weiteres fortgeschritten würde. Es wären dann Rückschlüsse in frühere Fehler zu befürchten.

Wie man uns in Amerika heute beurteilt, darüber berichtet Hans Habe in seinem ersten „Brief nach Deutschland“, den er als früherer Chefredakteur und lebender Korrespondent der „Neuen Zeitung“ in München geschrieben hat. Habe hat, wie er schreibt, in den letzten sechs Wochen drüber mit Staatsmännern und Landbesitzern, Hotelportiers und Bankdirektoren, Diplomaten und Briefträgern über Deutschland gesprochen. Es wird lange dauern, so sagt er, ehe Deutschland das Vertrauen Amerikas wieder gewinnen wird, und es scheint ihm nicht, daß man die Gründe dafür in Deutschland erkennt. Habe gibt uns deshalb eine Reihe guter Ratsschläge, die wir nicht übersehen sollten.

Er empfiehlt uns, Institutionen zu schaffen, die der Welt zeigen, daß wir den Willen haben, einen neuen Weg zu beschreiten. Es würde einen tiefen Eindruck in Amerika hervorrufen, wenn man hörte, daß deutsche Politiker und Rechtsgelehrte an einer Verfassung arbeiten, die einen neuen föderalen Code der Menschenrechte für Deutschland etabliert. Statt dessen hört man nur, daß Politiker und Rechtsgelehrte bemüht sind, für die Fehler der Vergangenheit mehr oder minder geschickte Entschuldigungen zu formulieren.

Ferner vermöge man eine positive deutsche Friedenspolitik. Man solle in Deutschland aufhören, Hoffnungen aus den Reinigungsordenheiten der östlichen und westlichen Welt zu schöpfen, und dafür lieber immer wieder offiziell und inoffiziell erklären, daß Deutschland keine Zukunft als friedlicher Staat inmitten einer friedlichen Welt sucht. Dem nüchtern denkenden Amerikaner drehe sich der Magen um, wenn er aus Deutschland die dauernden Behauptungen des Selbstbarmfindens vernimmt. Die Amerikaner haben zwar Harbourn als die größte nationale Katastrophe ihrer Geschichte betrachtet und hilflos weinend gelobt, aber keine Träne vergossen. Es würde ihnen, sagt Habe, daher mehr imponieren, wenn das neue Deutschland dauernd Verlangen nach Regierungen, landwirtschaftlichen Maschinen, Kunstbäuer, Traktoren und Kranen hätte, anstatt permanent die erlittenen Wunden zur Schau zu stellen. Das Verlangen nach dem Handwerkszeug des Aufbaues werde Deutschland auch dann nützen, wenn dieses Handwerkszeug nicht morgen geliefert werde. Was Deutschland (kabel) ist die fertigege Präsentation eines tragischen Kontos, das niemand begreifen wird.

Gemäß spreche man in Amerika nicht ohne Sympathie von manchen Erscheinungen des deutschen Lebens, vor allem von der deutschen Sauberkeit und dem deutschen Fleiß. Aber, mahnt uns Habes Brief am Schluß, wir sollten neben den natürlichen Eigenschaften eine Eigenhaft entwickeln, die uns bisher gefehlt habe: Instinkt für Politik. Denn ohne das Bestreben sich der Gedankenwelt anderer Nationen anzupassen, werde es nicht gehen.

Leider, muß man hinzufügen, ist Instinkt etwas, was man nicht lernen kann.

Der französische Nationalfeiertag

Paris. Aus Anlaß des französischen Nationalfeiertages fand eine große Militärparade statt, die von Ministerpräsident Bidault abgenommen wurde. Unter den vielen Ehren Gästen waren die Botschafter Amerikas, Englands und Russlands. Winston Churchill hielt in Rom auf einem Staatsbankett eine Rede in französischer Sprache. Er erklärte, daß England und Frankreich auch weiterhin zusammenstehen müßten, nachdem sie in den letzten vierzig Jahren Seite an Seite gekämpft hätten. Ohne ein starkes Frankreich sei eine europäische Wiedergeburt nicht denkbar.

Washington. Präsident Truman hat anläßlich des französischen Nationalfeiertages eine Rundfunkbotschaft an das amerikanische Volk gerichtet.

Kleine Weltchronik

Die Europakonferenz der Widerstandsbewegungen hat die vollständige Einmündigung Deutschlands und die Beilegung Francos gefordert. Das italienische Kabinett ist durch de Nicola auf die Republik vereidigt worden.

Der britische Premierminister und Energieminister hat die Verstaatlichung der britischen Elektrizitätswerke bekanntgegeben.

Das neue tschechoslowakische Kabinett hat beschlossen, das Vertrauen der Nationalversammlung zu erhalten.

Der ehemalige jugoslawische Ministerpräsident Tscholich ist zum Tode durch Erschießen verurteilt worden.

Das neue rumänische Wahlgesetz erteilt den Frauen das Wahlrecht.

Am kommenden Sonntag sind Wahlen in der Türkei.

Bei den Präsidentschaftswahlen in Mexiko hat der Kandidat der Regierungspartei, Aleman, die Mehrheit erhalten.

Auf Veranlassung von Gandhi Nehru bekräftigen sich auch die Sikhs an den Wahlen zur indischen verfassunggebenden Versammlung.

Die englische Unterhausdebatte über Indien ist auf Oktober verschoben worden.

Lösung der deutschen Frage verschoben

Zusammenkunft der Außenminister in Paris abgeschlossen

Die zweite Zusammenkunft der vier Außenminister in Paris ist nach vierwöchiger Dauer am Samstag beendet worden. Die Verhandlungen waren „vom Geist der Verständigung getragen“ und haben in einigen Punkten zu einer Einigung geführt: über Triest, die italienischen Kolonien, die italienischen Reparationen sowie die französisch-italienischen Grenzfragen.

Ausführlich ist in den letzten Sitzungen das deutsche Problem behandelt worden. Auf Anregung Molotows soll nach der Sitzung der UN im Herbst dieses Jahres eine Sonderkonferenz über die deutsche Frage abgehalten werden. Der genaue Zeitpunkt dieser Besprechung liegt noch nicht fest. Auf russischen Vorschlag soll auch eine Kommission zur Nachprüfung der deutschen Währungsfrage eingesetzt werden.

In Tokio war seinerzeit auf russischen Vorschlag beschlossen worden, als spätere Verhandlungsbasis für die von Deutschland zu zahlenden Reparationen insgesamt 20 Milliarden Dollar ins Auge zu fassen, von denen Rußland die Hälfte erhalten solle. In der Aussprache hierüber berechnete der amerikanische Außenminister Burnes die Werte, die die Russen in Königsberg sicherstellen konnten, auf 2 1/2 Milliarden Dollar, und diejenigen in den Ostgebieten Polens auf 1 1/2 Milliarden Dollar. Molotow erklärte dagegen, daß sein Land als Vorschlag auf die Reparationen bisher nur 31,5 Prozent von dem erhalten habe, was ihm zustehe.

Die wichtige Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands lag einem Vorschlag Burnes zurunde, die einheimischen Produktionsmittel in Zukunft über alle vier Zonen gleichmäßig zu verteilen und Rohstoffüberschüsse der einzelnen Zonen zur Deckung des Bedarfs in anderen Zonen zu verwenden. Einmalige Überschüsse der Produktion sollten erst dann zu Reparationsleistungen verwendet werden, wenn kein Zahlungsmittel in irgendeiner Zone mehr vorhanden sei.

Auch der amerikanische Außenminister Burnes trat in einem Plan, den er als „letzte Instanz“ bezeichnete, für eine teilweise Verschmelzung der deutschen Besatzungszonen ein, so daß mindestens

der Austausch von Gütern, Nachrichten und „auch von Ideen“ erfolgen könne.

Sowohl Burnes als Molotow äußerten sich im Laufe der Aussprache über den Charakter des mit Deutschland abzuschließenden Friedens. Burnes erklärte, daß die Vereinigten Staaten Deutschland keinen Vergeltungsfrieden aufzwingen wollen. Sie seien der Ansicht, daß die wirtschaftliche Wiedergeburt Deutschlands für diejenige ganz Europas notwendig ist, doch könne die Wiedergeburt Deutschlands erst nach dem Wiederaufstieg derjenigen Länder erfolgen, die von ihm verweigert worden sind. Auch der russische Außenminister Molotow hob hervor, der Geist der Rache habe sich als schlechtes Bindeglied zwischen den Völkern erwiesen. Deutschland könne mit Rücksicht auf seine hochentwickelte Industrie unmöglich in ein Agrarland zurückverwandelt werden. Er empfiehlt die baldige Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung als Vorläufer für eine Zentralregierung. Erst dann könne der Friedensvertrag mit Deutschland erörtert werden.

Burnes ist damit einverstanden, daß das Saargebiet unter französischer Verwaltung bleibt, bis die endgültigen deutschen Westgrenzen festgelegt sind.

Auf Vorschlag Bidaults soll ein Ausschuss von Fachleuten bis zum 10. August Vorschläge über Maßnahmen zur Erhöhung der deutschen Kohlenproduktion und über die Verteilung der deutschen Kohle machen.

Die Stellvertreter der Außenminister werden in Paris bleiben und die Entwürfe für die Friedensverträge mit den Balkanländern weiter vorbereiten.

Frankfurt. McArney hat in einer Pressekonferenz über die amerikanische Politik gesprochen, die politische Dezentralisation, aber wirtschaftliche Einheit für Deutschland erstrebe. Die Ausübung der Macht müsse den Ländern vorbehalten bleiben, von denen möglichst viele Begünstigte auf die Kreise und die Gemeinden übertragen werden sollten. Nur in besonderen Fällen solle die Bundesregierung eingreifen dürfen.

La Guardia will Heimatlose ansiedeln

Vorschläge zur Lösung der europäischen Flüchtlingsfrage

Washington. Der Generaldirektor der UNRRA, La Guardia, wird in diesen Tagen die Vereinigten Staaten verlassen und alle europäischen Länder besuchen, die von der UNRRA betreut werden. Nach Beendigung der Tagung der UNRRA in Rom will La Guardia einige Lager von Verschleppten besuchen, um an Ort und Stelle Einblick in die Lage zu gewinnen.

La Guardia beschäftigt sich sehr ernsthaft mit dem Flüchtlingsproblem in Europa. In einem Aufruf an die alliierten Nationen legt er, die Flüchtlingsfrage müsse innerhalb eines Jahres gelöst sein. In einem Schreiben an den amerikanischen Außenminister Burnes schlägt er vor, die Vereinigten Staaten sollten für eine begrenzte Zeit Spanne und unbenutzte geliebte größere Einmündigungsquoten für die Zulassung von Heimatlosen aus Europa freigeben, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Staats- und Volkszugehörigkeit.

In Deutschland könnten die vielen Flüchtlinge aus dem Osten (La Guardia denkt hier in erster Linie wohl an die in Deutschland lebenden Angehörigen der baltischen Länder aber auch der anderen Ostgebiete) nicht verbleiben. Es müsse eine neue Heimat für sie gefunden werden, damit sie die Möglichkeit nahbringender Arbeit haben und sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Die Vereinigten Staaten könnten im Rahmen ihrer Einmündigungsquoten noch 120 000 Personen aufnehmen; andere Staaten hätten sich ebenfalls bereit erklärt, an einem Programm zur Ansiedlung Heimatloser teilzunehmen, z. B. Brasilien, das

monatlich 10 000 Einwanderer zuzulassen und die Dauer eines Jahres aufnehmen wolle. Andere südamerikanische Staaten haben ähnliche Pläne.

Die UNRRA hat durch die Rückführung von 630 000 Flüchtlingen aus Mitteleuropa und Italien in ihre Heimatstaaten bisher einen großen Beitrag zur Lösung der Flüchtlingsfrage geleistet. Es wäre erfreulich, wenn der neue Aufruf La Guardias auf fruchtbaren Boden fallen würde. Eine amerikanische Ansiedlung europäischer Flüchtlinge und Heimatloser aus den Ostgebieten, darunter auch weitestens Deutsche zu verlegen sind — La Guardia spricht ja davon, daß auf Staats- und Volkszugehörigkeit keine Rücksicht genommen werden sollte — würde auch das deutsche Flüchtlingsproblem leichter lösen helfen.

Das Palästina Problem

Jerusalem. Dr. Chaim Weizmann, der Führer der Zionisten, betrachtet eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat als eine mögliche Lösung. Der größte Teil der öffentlichen Meinung und viele Juden befürworten eine solche Lösung des Problems. Weizmann kritisierte die britische Politikspolitik im Nahen Osten. Während der Großmuslim von Jerusalem, der mit den Nazis zusammenarbeitet habe, in einem Palast in Alexandria lebe, sei Mosche Scherif, der Mann, der eine Armee von 25 000 Juden für Großbritannien aufgestellt habe, bei der letzten Großkajalla der Engländer festgenommen worden.

Der französische Nationalfeiertag in Tübingen



Das Fest des 14. Juli ist in Tübingen feierlich begangen worden. Eine Parade vor den französischen Militär- und Verwaltungsbehörden sowie vor zahlreichen amerikanischen Offizieren zeigte Einheiten der Infanterie, der Panzertruppe, der Artillerie und der Gendarmerie, die in der Umgebung der Stadt stationiert sind.

Die Sozialversicherung

Von Richard Buhle

Die Frage, was aus der deutschen Sozialversicherung werden soll, ist ohne Zweifel ein schwieriges Kapitel.

Eine Änderung des bestehenden Systems ist unermesslich. Vor allem sollte der Zerfall der Versicherung (Krankenkassen, Angefallenen-, Invaliden-Versicherung, Berufsgenossenschaften) ein größtmögliches Ende bereitet werden. Sonderinteressen haben dabei auszuscheiden. Daß jeder Beruf solche hat, ist verständlich. Braucht man dazu aber wirklich getrennte Versicherungsarten mit großen Beamtenkörpern?

Anzustreben ist eine einzige Volksschutzversicherung, die alle bisherigen Versicherungszweige umfaßt, mit einer obersten Behörde als letzter Instanz. Diese ist nötig. Die bestehenden Landesversicherungsanstalten verfügen über die Rentenvergewährung und üben die Kontrolle aus. Bei einer solchen einzigen Volksschutzversicherung hätten alle Streitigkeiten der Behörden untereinander ein Ende. Für die heimkehrenden Soldaten und sonstigen Kriegssopfer, die an den Bettelstab gekommen sind, müssen Sonderbestimmungen getroffen werden.

Die Landesversicherungsanstalten müssen das alleinige Verfügungsrecht haben. Eine Übertragung der Rentenfestlegung etwa an Kreisbehörden ist zu vermeiden; denn dann wäre von einer Einheitsleistung keine Rede. Die Anträge bearbeitet die Ortsbehörde des Aufenthaltsorts wie früher und legt diese direkt der Landesversicherungsanstalt vor.

Eine Berufungsinstanz muß es aber geben, denn Irrtümer kommen überall vor. Die Anklagen — auch ärztliche — können grundsätzlich nicht sein, wie das auch früher oft genug der Fall war. Nur ein einziges Beispiel: Ein Soldat wurde trotz Berufung beider Hände nicht für invalid, sondern für versicherungspflichtig erklärt. Also für weniger als 66% Prozent erwerbsbehindert. Wenn er Angestellter gewesen wäre, hätte er wohl als berufsunfähig (50 Prozent) gelten müssen.

Wo zu welchem Jahreseinkommen Versicherungspflicht besteht, soll? Bei einer Volksschutzversicherung, die alle Einkommen ohne Ausnahme erfaßt, erübrigt sich diese Frage. Befreiungen gäbe es dann natürlich nicht. Nur wer bereits Rente bezieht, ist versicherungsfrei. Streit darüber, ob Versicherungspflicht überhaupt besteht, könnte es kaum geben.

Eine Umwandlungssumme von 500 Beitragsmonaten dürfte genügen. Ein Erlöschen der Umwandlung nach Zurücklegung dieser Wertzeit sollte es nicht geben. Zinsen kommen der Allgemeinheit zugute.

Wozu eigentlich Angestellten- und Invalidenversicherung getrennt? Bis zum 1. Januar 1923 gehörten die versicherungspflichtigen Angestellten auch noch der Invalidenversicherung an (Doppelversicherung). In der Angestelltenversicherung genügt bis heute zum Rentenbezug eine 50prozentige Erwerbsbehinderung, in der Invalidenversicherung muß diese aber 66% Prozent betragen. Welcher Arzt kann denn noch 16% Prozent feststellen? Ist ein solcher Unterschied überhaupt gerecht zu nennen?

Eine Altersgrenze von 60, höchstens 65 Jahren für den Anspruch auf eine Altersrente dürfte zweckentsprechend sein. 70 ist zu hoch.

Die freiwillig Versicherten, unähnlich Beschäftigten usw. bleiben bis vor kurzem ihre Marken selbst und damit war die Sache erledigt. Heute müssen sie zur Krankenkasse, ihre Beiträge dort bezahlen. Beamte müssen Quittungen ausstellen und sich mit der Kasse befassen. Doch wohl ein unläubiges Verfahren. Das Markenleben durch den Versicherten war einfacher. Früher zogen auch viele Krankenkassen die Invalidenversicherungsbeträge ein und das Markenleben erfolgte dort. Das war sehr praktisch, denn mit den Beiträgen zur Krankenkasse wurden auf einem Gang auch die Invalidenversicherungsbeiträge erhoben. Die Markenklasse war leicht festzustellen.

Nun gibt es auch eine große Zahl von Berufsangehörigen, die wieder eine besondere Versicherungsart darstellen. Muß das sein? Auch diese Genossenschaften könnten einer allgemeinen Volksschutzversicherung eingegliedert werden, und ein großer Verwaltungsaufwand würde wegfallen. Hier könnte man einwenden, die Gefahrenklassen seien doch sehr unterschiedlich. Das ist richtig. Braucht man dazu aber getrennte selbständige Beamtenkassen? Da genügen doch einzelne Abteilungen bei einer Behörde der Landesversicherungsanstalt, wie sie bei vielen Behörden heute schon bestehen. Betriebe wie Bergwerke, Eisenbahnen usw. müßten eben höhere Beiträge leisten als etwa ein Bauer oder Uhrmacher.

Streitereien darüber, zu welcher Genossenschaft ein mehrteiliger kleiner Betrieb gehört, könnte es nun nicht mehr geben. Auch nicht darüber, ob die den Anspruch begründende Erwerbsbehinderung (Invalidität) allein auf den Unfall zurückzuführen ist.

Wie ist die Beitragsleistung am besten anzusetzen, bedarf besonderer Erörterung. Früher wurden für die Pflichtversicherung der Angestellten- und Invalidenversicherung Marken gestellt. Entschieden die einfache und übersichtliche Beitragsentrichtung Arbeitgeber und Versicherter hatten die Quittungsarten in der Hand konnten daraus alles ersehen und die Anspruchnahme von Bezugsbehörden erleichtert. Die Post hatte durch den Markenverkauf die für die Rentenauszahlungen nötigen Gelder meist unmittelbar zur Hand. Auch die Kontrolle war sehr einfach. Sie ließe sich noch einfacher gestalten, wenn sie von einer einzelnen Behörde (nicht von mehreren) ausgeht würde.

Meines Wissens ist bisher noch nie erörtert worden, ob nicht der Steuerbehörde die Erhebung der Sozialversicherungsbeiträge übertragen werden könnte. Bei einer Volksschutzversicherung, der alle Deutschen, die ein Einkommen haben, zwangswegig angehören, müßte es doch ge-

Sozialdemokratie und Klassenkampf

Klassenkampf ist eine Tatsache, ein Stück Wirklichkeit

Er ist da, ob man ihn will oder nicht, ob man ihn anerkennt oder leugnet, ob man über ihn diskutiert oder ob man ihn verfluchen will. Karl Marx und eine große Zahl bedeutender Wissenschaftler nach ihm haben den Klassenkampf erkannt, haben ihn überall in der Geschichte nachgewiesen, vor allem dort, wo er verheimlicht werden sollte. Sie haben festgestellt, daß Klassenkampf notwendig überall dort herrscht, wo es wirtschaftliche Ungleichheit, also Klassen gibt, daß er nur überwunden werden kann, wo die wirtschaftliche Ungleichheit im wesentlichen verschwindet, wo es also keine Klassen mehr gibt. In Frage steht also nicht der Klassenkampf, sondern die Art und Weise, nach der man ihn austragen, nach der man ihn überwinden will. Es ist demnach unrichtig, die Gegner des Marxismus behaupten, Marx predigte den Klassenkampf.

Der Klassenkampf braucht nicht gepredigt zu werden

Er wird immer und überall geführt, wo es Klassen gibt, am schärfsten von denen, die behaupten, daß das Klassenkampf die einzige Klasse ist, die wirklich an der Überwindung des Klassenkampfes interessiert ist. Wie anderen Mitgliedern der Gesellschaft sind an seinem Fortbestehen interessiert, da er die Voraussetzung ihres Profits ist. Das Proletariat war zu der Zeit, da Karl Marx lebte, eine Minderheit. Es konnte also nicht auf demokratischem Wege zur Macht kommen, es mußte sie vielmehr durch die Revolution erobern und als Diktatur ausüben. Eine Mitarbeit des Proletariats im Staate vor der Revolution kam für Karl Marx also nicht in Frage, sie hätte seinen revolutionären Schwung gelähmt, seinen Willen zur totalen Macht gebrochen. Diese Methode des Klassenkampfes wird noch heute — mit gewissen Abwandlungen — von der kommunistischen Partei vertreten.

Wie ist es mit der Diktatur des Proletariats?

Die ursprüngliche Methode der Überwindung des Klassenkampfes, wie sie Karl Marx gelehrt hat, ist die Diktatur des Proletariats. Sie geht davon aus, daß das Proletariat die einzige Klasse ist, die wirklich an der Überwindung des Klassenkampfes interessiert ist. Wie anderen Mitgliedern der Gesellschaft sind an seinem Fortbestehen interessiert, da er die Voraussetzung ihres Profits ist. Das Proletariat war zu der Zeit, da Karl Marx lebte, eine Minderheit. Es konnte also nicht auf demokratischem Wege zur Macht kommen, es mußte sie vielmehr durch die Revolution erobern und als Diktatur ausüben. Eine Mitarbeit des Proletariats im Staate vor der Revolution kam für Karl Marx also nicht in Frage, sie hätte seinen revolutionären Schwung gelähmt, seinen Willen zur totalen Macht gebrochen. Diese Methode des Klassenkampfes wird noch heute — mit gewissen Abwandlungen — von der kommunistischen Partei vertreten.

Heute führen andere Methoden zum Erfolg

Demgegenüber steht die Sozialdemokratie davon aus, daß der Klassenkampf heute mit anderen Fronten als zur Zeit von Karl Marx geführt werden muß, weil die Klassen sich in ihrem Bestand seitler verändert haben. Die Sozialdemokratie hält also nicht doomatlich an den Ergebnissen von Karl Marx fest, sondern bedient sich seiner Methoden.

Größe Teile des deutschen Volkes proletarisieren

Zwei Weltkriege und zahllose Krisen der kapitalistischen Wirtschaft haben weite Kreise des Kleinbürgertums und des Mittelstandes, die Mehrheit der kleinen und mittleren Bauern und der Selbstarbeiter tatsächlich proletarisieren, d. h. zu Menschen gemacht, die nicht von ihrem Besitz, sondern ausschließlich von ihrer täglichen Arbeit leben. Im Gegensatz zum Klassenbewußtsein der Arbeiter haben sie jedoch ihre tatsächliche Lage und damit ihre Frontstellung im Klassenkampf noch nicht erkannt. Viele von ihnen sind, durch kapitalistische Ideologien verblendet, noch immer der Meinung, der Arbeiter sei ihr Klassenfeind. Sie sehen noch nicht, daß sie zur Front der Arbeiterarbeit gehören, daß sie dieselben Feinde haben wie die Arbeiterarbeit: Großindustrie, Finanzkapital, Großgrundbesitz. Dabei handelt es sich in Deutschland selbst heute in erster Linie um den Großgrundbesitz, der als einziger Teil des Volkes den Krieg ohne nennenswerte Schäden überstanden hat. Das internationale Finanzkapital und die internationale Großindustrie wirken vom Ausland her als Klassenfeind gegen die deutsche Arbeiterarbeit.)

Solidarität aller Schaffenden führt durch Demokratie zum Ziel

Die Sozialdemokratie sieht ihre Aufgabe also darin die Solidarität der Arbeiterarbeit und des Mittelstandes, des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft zu wecken, sie alle ihrer gemeinsamen Klassenlage und klar deutlich bewußt zu machen und eine gemeinsame Front im Klassenkampf zu schaffen. Eine solche Front kann infolge ihrer Stärke auf Diktatur und Revolution verzichten und ihre Kräfte auf dem Wege der Demokratie zur Geltung bringen. Sie braucht auch nicht jede Mitarbeit im Staate abzulehnen, sie kann vielmehr schon heute an der Gestaltung des Staates mitwirken. Sie kann darangehen, Stütz für Stütz die Rechtspositionen zu erringen, die zum Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zur Überwindung des Klassenkampfes notwendig sind.

Ein Kampf mit geistigen Mitteln

Der Klassenkampf, den die Sozialdemokratie heute in Deutschland führen muß, ist also in erster Linie ein geistiger Kampf, ein Kampf gegen Vorurteile und Ideologien, die das Kleinbürgertum und die Kleinbauernschaft, den Mittelstand und die Selbstarbeiter hindern, ihre wirkliche Lage zu sehen und ihre richtige Front zu beziehen. Als solche Ideologie mißbraucht der Kapitalismus nach wie vor den christlichen Glauben. Er versucht alles mögliche, weite Kreise des Volkes in einen Gemischenskonflikt zwischen ihrem christlichen Bekenntnis und ihrem Klassenbewußtsein zu führen, indem er ihnen einredet, Christentum und Klassenkampf seien unvereinbar. Er verheimlicht ihnen dabei, daß das Christentum nicht den Klassenkampf, sondern seine Ursache das Vorhandensein von Klassen, und seinen Urheber, den Kapitalismus, bekämpft. Er verheimlicht auch, daß die Überwindung des Klassenkampfes ein Ziel ist, das vom Christentum und vom Sozialismus in gleicher Weise gewollt wird.

Klassenkampf dem internationalen Kapitalismus

Härter als der Klassenkampf innerhalb Deutschlands ist der Klassenkampf, den die deutsche Arbeiterarbeit heute gegen den internationalen Kapitalismus außerhalb Deutschlands führen muß. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, den deutschen Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern gegen die Ausbeutung durch das internationale Privat- und Staatskapital zu verteidigen. Die deutschen Arbeiter können sich selbstverständlich der Mitverantwortung für das Unheil, das Hitler über die Welt gebracht hat, nicht entziehen, sie müssen an der Wiedergutmachung der Folgen des Krieges an den ausländischen Bauern und Arbeitern mitwirken. Sie sind aber nicht verpflichtet, die Lasten der ausländischen Kapitalisten zu füllen, die an diesem Kriege nichts als verdient haben und die jetzt die Gelegenheit nützen, am Frieden zu verdienen. Viele von ihnen haben während der Besetzung durch deutsche Truppen am Geschäft mit Hitler nicht weniger verdient als zuvor an ihren eigenen Regierungen, und sie haben es immer auf Kosten der Arbeiter ihres Landes. Die Sozialdemokratie ruft in diesem Kampf nicht nur die Hilfe der internationalen Arbeiterarbeit auf, sondern diese Mühsale liegt auch im eigenen Interesse des Arbeiters im Auslande, denn es kann kein Vorteil für die Arbeiter des Auslandes sein, wenn sich ihre Ausbeuter auf Kosten des deutschen Arbeiters bereichern.

weiter können sich selbstverständlich der Mitverantwortung für das Unheil, das Hitler über die Welt gebracht hat, nicht entziehen, sie müssen an der Wiedergutmachung der Folgen des Krieges an den ausländischen Bauern und Arbeitern mitwirken. Sie sind aber nicht verpflichtet, die Lasten der ausländischen Kapitalisten zu füllen, die an diesem Kriege nichts als verdient haben und die jetzt die Gelegenheit nützen, am Frieden zu verdienen. Viele von ihnen haben während der Besetzung durch deutsche Truppen am Geschäft mit Hitler nicht weniger verdient als zuvor an ihren eigenen Regierungen, und sie haben es immer auf Kosten der Arbeiter ihres Landes. Die Sozialdemokratie ruft in diesem Kampf nicht nur die Hilfe der internationalen Arbeiterarbeit auf, sondern diese Mühsale liegt auch im eigenen Interesse des Arbeiters im Auslande, denn es kann kein Vorteil für die Arbeiter des Auslandes sein, wenn sich ihre Ausbeuter auf Kosten des deutschen Arbeiters bereichern.

Kein Verzicht auf den Klassenkampf — aber demokratische Methoden

Die Sozialdemokratie verzichtet demnach an keinem Punkte auf den Klassenkampf, sie kann gar nicht auf ihn verzichten, solange es Klassen gibt, solange wirtschaftlich Stärkere die wirtschaftlich Schwächeren ausbeuten, sie will den Klassenkampf aber mit veränderten Fronten und mit demokratischen Mitteln führen. Sie hält diesen Weg für erfolgversprechend, ja, sie hält ihn für den einzigen, der durch die Überwindung des Klassenkampfes zu einer besseren Weltordnung, durch eine bessere Weltordnung zu einem menschenwürdigen Dasein für die ganze Menschheit führen kann. Dr. R.

Bauern und Arbeiter

Von Ernst Brossat, Mitglied des Ortsausschusses der KP., Tübingen

Dt ist gefagt worden, doch nie war es so richtig: Bauern und Arbeiter sind aufeinander angewiesen. Sie sind dazu berufen, zusammen mit der werktätigen Intelligenz die tragenden Säulen unseres Neuaufbaues zu werden. Die mittelalterliche anmutende gegenseitige Abkapelung in „Rohrhand“ und „Arbeiterarm“, zu denen noch der festsitzende und ewig kriepsüßere „Behrstand“ hinzukam, wollen wir nicht mehr. Sie diente durch die Spaltung nur der Beherrschung des Volkes, damit die jeweils herrschende Schicht oder, wie schon Ulrich von Hutten (1488—1523) sagte, „das Raubtier ungestört seine Beute verzehren konnte“. Unsere nationale Katastrophe hat ihren Ursprung in diesem System der Herren und Knechte. Unter Hitler erreichte es seinen trübseligen Ausbruch. Der Hauptträger dieses reaktionären, für das Volk so schädlichen Systems war eine bestimmte reaktionäre Klasse: ostfälische Junker, die Barone, Grafen und Fürsten, mit den Königen und Kaisern an ihrer Spitze. Die Großgrundbesitzer mit ihren Anhängern bildeten immer einen Staat im Staate. Den Interessen des Volkes und den wahren nationalen Interessen standen sie stets feindselig gegenüber. Bornier und rückständig wie kaum eine andere reaktionäre Klasse in einem anderen Lande, waren sie mit zahlreichen Vorrechten ausgestattet. Sie stellten dem Staat die führenden Beamten, dem Militarismus die Offiziere und Generale. Diese Dreieinigkeit des reaktionären Großgrundbesitzes, der reaktionären Staatsbürokratie und des reaktionären Militarismus ist dem deutschen Volke immer wieder zum Verhängnis geworden! Nie kam es in der Vergangenheit zu einer wirklich demokratischen Erneuerung, weil diese dunkle Macht bisher niemals gebrochen wurde.

Ja der Diktator

Was der deutschen Bauernschaft in jahrhundertelangen Kämpfen nicht gelang — die Rückgewinnung der vor Jahrhunderten erfolgten Enteignung der deutschen Bauern durch Fürsten, Barone, Grafen und Junker — was auch die Weimarer Republik ihnen nicht brachte, ist jetzt in einem Teile Deutschlands, in der Ditzonge, zur Wirklichkeit geworden. Den feudalen-junkerlichen Großgrundbesitzern wurde der Boden, den sie damals den freien Bauern geraubt hatten, abgenommen und den Bauern zurückgegeben. Ein jahrhundertelanges Unrecht an der bäuerlichen Bevölkerung ist damit beseitigt und die reaktionäre Vorherrschaft der Junker und Feudalherren im Dorf gebrochen worden. Der Bauer ist ein freier Herr auf eigener Scholle geworden. Was hat man nicht im kaiserlichen Deutschland, in der Weimarer Republik, gar unter Hitler und noch heute den Bauern über die bösen Kommunisten, die „Koten“, erzählt! Man sagte, daß die Kommunisten den Bauern das Land wegnehmen und aus Wägen diese in landlose Proletarier verwandeln wollten. Vor keiner Verleumdung schreckte man zurück. Jetzt können die Bauern des Ditzons selbst urteilen: niemals in der Geschichte Deutschlands wurde eine so große Zahl bäuerlicher Existenzen geschaffen wie in dem hinter uns liegenden Jahre. 350.000 Bauern, mit ihren Familienangehörigen mehr als anderthalb Millionen Menschen, erhielten urkundlich verbrieften Besitz an Grund und Boden. Der gesamte feudalerliche Großgrundbesitz über 100 ha und der gesamte Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler, der Razziführer und Altfeinden ist enteignet und einem Bodenfonds zugewiesen worden, aus dem die landarmen und landlosen Bauern, Landarbeitern, kleinen Pächtern und Umkleibern Grundbesitz zugewiesen worden ist. Hierdurch sind unzählige wirtschaftsfähige selbständige Bauernwirtschaften geschaffen worden mit 5 bis 10 ha Land, je nach der Qualität des Bodens.

Und im Westen?

Man entgegnet uns, was im Osten vielleicht möglich und gut gewesen sei, gelte nicht für den Westen, soweit bei uns in Württemberg Großgrundbesitz bestünde, sei er höchstens ein kleiner „Schonheitsfehler“, dem keine Bedeutung beizumessen. Man sagt, im Westen könne man keine Bodenreform durchführen, höchstens einige kleine retroaktive Korrekturen. Halten wir uns demgegenüber lediglich an die Tatsachen, sehen wir uns in ihrem Lichte die „Argumente“ der Verteidiger des Großgrundbesitzes an. Wir brauchen nur die Güterverhältnisse durchzusehen, um zu erfahren, daß es in Württemberg 47 Adelsfamilien mit über 500 ha Bodenbesitz und dabei durchschnittlich 400 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche gibt. Insgesamt besitzen diese 47 Adelsfamilien 121.322 ha,

Der Christ und die Politik

Fragen und Antworten von N. Kabo

Die Politik ist nichts Spezifisch Christliches. Diese Erkenntnis ist uns geläufig und wird nicht leicht widerprochen werden. Es hat vor Christi Geburt schon Politik gegeben. Viele Christen und Nichtchristen geben aber weiter und behaupten: Politik sei etwas Unchristliches. An dieser Behauptung legen wir an. Manche verstehen sie allgemeiner. Sie glauben aus dem politischen Spiel der vergangenen Zeit und aller Zeiten den Schluß ziehen zu müssen, Politik sei schlecht, unchristlich, unmoralisch. Wer Politik treibe, befinde sich. Andere weisen darauf hin, daß Jesus es abgelehnt habe, eine politische Rolle zu spielen, daß die Forderungen der Bergpredigt sich mit den politischen Grundfragen nicht vertrügen, daß der Christ keinen Gebrauch von der Macht machen dürfe. Hier sind zweifellos schwere und schwerste Fragen angeschnitten, die sich nicht in einem Zeitungsaufsatz lösen lassen. Wir antworten in der vollen kritischen Einschränkung: sofern die politische Tätigkeit sich mit einem wachen und gültigen Gewissen nicht verträgt, ist sie unchristlich und unerlaubt. Jesus hat in dem Sinne keine Politik getrieben, als er sich nicht zum König machen ließ und keinen Krieg und keine Revolution wollte. Die Lehre Jesu verwerft zweifellos eine isolierte, äußerlich politische Gerechtigkeit, aber nicht die ökonomische Ordnung und Gerechtigkeit überhaupt: den falschen Gebrauch der Macht, aber nicht die Macht überhaupt. Hier sind wir schon am Kern der Überlegung: man meinte einmal, die Macht an sich sei böse. Die Meinung ist unhaltbar. Gott ist mächtig und er hat Macht und Gewalt in der Schöpfung mitgeschaffen. Er will die Ordnung seiner Ordnungen.

Der Christ und die Politik

Fragen und Antworten von N. Kabo

Die Politik ist nichts Spezifisch Christliches. Diese Erkenntnis ist uns geläufig und wird nicht leicht widerprochen werden. Es hat vor Christi Geburt schon Politik gegeben. Viele Christen und Nichtchristen geben aber weiter und behaupten: Politik sei etwas Unchristliches. An dieser Behauptung legen wir an. Manche verstehen sie allgemeiner. Sie glauben aus dem politischen Spiel der vergangenen Zeit und aller Zeiten den Schluß ziehen zu müssen, Politik sei schlecht, unchristlich, unmoralisch. Wer Politik treibe, befinde sich. Andere weisen darauf hin, daß Jesus es abgelehnt habe, eine politische Rolle zu spielen, daß die Forderungen der Bergpredigt sich mit den politischen Grundfragen nicht vertrügen, daß der Christ keinen Gebrauch von der Macht machen dürfe. Hier sind zweifellos schwere und schwerste Fragen angeschnitten, die sich nicht in einem Zeitungsaufsatz lösen lassen. Wir antworten in der vollen kritischen Einschränkung: sofern die politische Tätigkeit sich mit einem wachen und gültigen Gewissen nicht verträgt, ist sie unchristlich und unerlaubt. Jesus hat in dem Sinne keine Politik getrieben, als er sich nicht zum König machen ließ und keinen Krieg und keine Revolution wollte. Die Lehre Jesu verwerft zweifellos eine isolierte, äußerlich politische Gerechtigkeit, aber nicht die ökonomische Ordnung und Gerechtigkeit überhaupt: den falschen Gebrauch der Macht, aber nicht die Macht überhaupt. Hier sind wir schon am Kern der Überlegung: man meinte einmal, die Macht an sich sei böse. Die Meinung ist unhaltbar. Gott ist mächtig und er hat Macht und Gewalt in der Schöpfung mitgeschaffen. Er will die Ordnung seiner Ordnungen.

Das Gebot der Nächstenliebe

Es kann zwar sein, daß der Christ eine öffentliche Verdiennis vorfindet oder vorzufinden glaubt, die sein Mitun ausschließt. Aber er darf hier keinen Kurzschnit machen und das Kind mit dem Bade ausschütten: Verdiennis und Öffentlichkeit sind auch dann noch nicht dasselbe. An der Verdiennis darf er nicht teilnehmen. An der Öffentlichkeit muß er aber teilnehmen und zwar um so dringender, je schlimmer sie dran ist. Wir mühten mittlerweile gelernt haben, daß öffentliche Tätigkeit und öffentliches Verantwortungsbewußtsein der Kampf gegen das Böse selbst sein kann. Und wir mühten angefangen des politischen Glends und der sozialen Katastrophe unserer Tage nicht mehr darauf aufmerksam gemacht zu werden brauchen, daß öffentliche Tätigkeit heute ein Gebot der Nächstenliebe ist. Es mühte in den letzten Entwicklungen selbstverständlich sein, daß das christliche Gewissen nicht politisch verantwortungslos sein kann und daß es ein Verbrechen ist, sich um die in Hunger, Krankheit, Glend und Not Umkommenen nicht in der rechten Weise zu kümmern. Wir haben das eine nicht gelernt, wir müssen auf das andere erst aufmerksam gemacht werden und das Selbstverständliche ist uns nicht selbstverständlich. Mit einer solchen Feststellung werden wir uns nicht nur als Menschen und Deutsche, sondern auch als Christen ein fürchtbares Urteil.

Der Weg muß aufgezeigt werden

Ich weiß wohl, so einfach ist die Sache nicht. Viele, ja die meisten haben guten Willen, wissen nur nicht, wie sie ihn einsetzen sollen. Manche sind zwar durch Würdigkeit und Oberflächlichkeit gleichgültig geworden, aber sie können für die Verantwortung gewonnen werden. Manche wollen durchaus tätig sein, misstrauen aber den Parteien, halten sie für zu eng und schlecht, als daß sie etwas von ihnen erwarten könnten. Manche haben Wünsche an die CDU, die sie von der Mitarbeit abhalten. Manche glauben, daß die heutige Krise überhaupt nicht innerhalb der politischen Wirklichkeit gelöst werde. Hier lauten die Antworten: es müssen sich mehr Männer finden, die den Gutgesinnten die Wege zeigen, Männer und Frauen, die die Sinne für die nötigen Wahrnehmungen schärfen und zur Tat bewegen. Wer den Parteien nicht hold ist, sollte gerade deshalb tätig, ja in den Parteien tätig sein. Hat er schon in allen Parteien heute große Möglichkeiten, so findet er sie in der CDU. Ist unbeschränkt: die CDU ist jung und neu. Sie ist genau das, was wir aus ihr machen. Man darf sagen: sie wird eine Art Stützenart werden, die die Situation der Christen vertritt. Wer Wünsche an die CDU hat, kann und muß ganz zu Wort kommen. Er soll sie nur nicht für sich behalten. Zum letzten Einwand, die heutige Krise werde nicht in der politischen Arena gelöst, sagen wir ja und nein. Wir wollen, die Arbeit, vor der wir stehen, ist ebensolcher außer der Öffentlichkeit als in ihr; sie ist die menschlich-christliche.

Arbeit auf lange Sicht

Es ist aber nicht so, als sei sie von den übrigen Aufgaben einfach abtrennbar. Viele sind Teile von ihr. Sie geht in diesen Teilen nicht auf, sie ist breiter und tiefer. Sie ist eine Arbeit auf lange Sicht. Mit 20 und 30 Jahren muß man hier rechnen, auch wenn man jeden Augenblick christlich demütigt. Dasselbe gilt von einer Aufgabe, die man auch noch elementarer nennen muß als die enger politische: die geistige. Sie steht mit der christlichen in der Tiefe und der politischen in der Höhe in intimer Verbindung. Sie ist heute außerordentlich dankbar: die Überwindung des abendlichen Theoretizierens einerseits und die neue und fruchtbare Auseinandersetzung mit dem Marxismus als dem bisher bedeutendsten, aber doch noch wesentlich in der Antike stehenden praktischen Versuch, ihn radikal zu überwinden. Das verlangt höchste Begabungen und kann sie erfüllen. Dennoch wird die enger politische Arbeit nicht überflüssig. Das Leben und auch das öffentliche Leben spielt in vielen Rhythmen. Die enger politische Aufgabe ist an sich, d. h. wenn alles in Ordnung ist, wirklich drittartig. Aber heute ist sie vorwiegend geworden und steht als vorwiegende Aufgabe auch vor dem christlichen Gewissen.

Wo hin geht der Kurs?

Durch eine andere Erkenntnis erhält der letzte Satz aber erst sein ganzes Gewicht: Wir leben in einem Moment, in dem sich entscheidet, wohin der ganze Kurs geht. Unser politischer Zwischenzustand wartet nicht, bis wir genügend tiefe Christen sind oder bis die Früchte eines neuen geistigen Frühlings reifen. Eine politische Radikalität heute kann Folgen haben wie eine falsche Weichenstellung: es macht wenig aus, ob ich den oder jenen Weichensteller merke. Es ist keine wesentliche Arbeit oder Nichtarbeit, ob ich überhaupt eine Weiche merke oder keine merke. Aber die Folgen sind furchtbar und nicht mehr gutzumachen, wenn der Zug erst durchbraut. Auf engerem politischem Gebiet fallen heute und morgen Entscheidungen, die mir heute und morgen noch beeinflussen können, die später nicht mehr mitzumachen sind und die unsere gesamte politische und nichtpolitische Zukunft unheilvoll verändern können. Was du hier auch sagen magst: etwas Gleichgültiges kannst du nicht mehr lazen. Wie du dich entscheidest, magst du trägt damit auch die enger politische Verantwortung. Du trägst sie auch als Christ.

Die „Tribüne der Parteien“ steht zu gleichen Teilen den in der französisch besetzten Zone Deutschlands zugelassenen Parteien zur Verfügung; persönliche Polemik soll dabei aber unterbleiben. Die Ausnennung des ihnen überlassenen Raumes steht bei den Parteien. Für die hier erscheinenden Aufsätze tragen diese, nicht die Redaktion, die Verantwortung.

Harte Zeiten verlangen harte Pilliden / Dienstbesprechung mit den Ortsvorstehern

Wie notwendig es ist, angesichts der immer größer werdenden Aufgaben sich untereinander auszuspochen und gegenseitig Anregungen zu geben...

Der Gouverneur unseres Kreises, Herr Commandant Frémot, verweilte längere Zeit bei dieser Dienstbesprechung und sprach zuerst über die Bedeutung des Wahlrechts...

Wie sind die Honig-Aussichten?

Bienenhonig ist sehr begehrt, zumal Zucker mehr als rar ist. Leider sind die Honigaussichten, wie uns der Kreisvorstand der Bienenzüchter...

In diesem Frühjahr, wenigstens von Mitte April bis Ende Mai, war das Wetter für die Entwicklung der Bienen günstig. Manche Völker konnten einen ordentlichen Futtermittelvorrat anlegen...

Nun begann in den letzten Tagen vor Eintritt des schlechten Wetters der Wald zu honigen. Waldhonig ist aber zur Einfütterung ungeeignet...

den Fahrern erneut strengstens verboten. Personen bei Lebensmitteltransporten mitzunehmen. Wer dabei betroffen wird, hat mit Zurückhaltung zu rechnen...

In der Aussprache wurde mancher Wunsch an den Gouverneur und den Landrat herangetragen, worauf immer verständnisvoll eingegangen wurde...

In Calw ereignete sich Freitag früh kurz vor der Einmündung der Badstraße in die Marktstraße ein bedauerlicher Verkehrsunfall. Eine zehnjährige Schülerin aus Bad Teinach...

In Böblingen brannte bekanntlich am Heil. Abend die Kirche ab. Als Notkirche leistete der Schulsaal gute Dienste, erweist sich aber als sehr unzulänglich...

In Oberjettingen starb vor kurzem der weit über die Grenzen des Ortes, ja Deutschlands hinaus bekannte Homöopath Ernst Girard...

In Rotfelden ist Frau Grau zur letzten Ruhe beigesetzt worden. Als Missionarstrau war sie verschiedentlich an der Goldküste und in der Südspitze...

Unfälle in Neuenbürg In den frühen Vormittagsstunden des 17. Juli wurden der 44 Jahre alte Fabrikant Eugen Lötterle aus Waldremsbach und dessen vor kurzem aus Gefangenschaft zurückgekehrter Sohn Heinz...

Nachrichten aus Nagold Die Kleintierzüchter trafen zusammen...

renden Ernährungsproblems waren zu dieser Tagung auch die Kreisvorsitzenden der drei politischen Parteien eingeladen. Herr Ballmann brachte zum Ausdruck...

In den Nachmittagsstunden sprach Reg.-Inspr. Bönninger über die Vorbereitung der Gemeinderatswahlen und Kreis-Oberinspektor Wild über das Recht...

Blick in die Kreisgemeinden

um den Kleintierzüchterverein wiederzugründen. Die neuen Statuten wurden genehmigt und die Vorstandschafft gewählt. Als Vorstand wurde Otto Heinrich, Maler, berufen...

Notariate wieder in Tätigkeit

Nach Anerkennung und Vereidigung durch die Militärregierung haben nachstehende Notare ihre Tätigkeit wieder aufgenommen: Bezirksnotar Grathwohl in Calw...

Die bunte Rakete in Calw

In drei Vorstellungen in der Turnhalle spielten deutsche Kriegsgefangene vom Lager Mühlau-Tuttlingen zugunsten ihrer Kameraden. Humor, Musik und Frohsinn...

dessen Amtsbereich die Bezirksnotariate Nagold und Haitterbach umfaßt, und Bezirksnotar Zürn in Altensteig...

Tübingen - Nagold

Neben der privaten Autobusverbindung Nagold - Tübingen besteht auch eine Kraftpost-Linie Tübingen - Nagold und zurück. Dieselbe fährt über Rottenburg...

Wichtige Steuertermine

Die Erklärungen für die Einkommensteuer, Gewinnfeststellung, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer...

Kartoffelkäfer-Abwehrzentrale

Das Landwirtschaftsamt Nagold ist das Zentrum der Kartoffelkäfer-Abwehr für nicht weniger als neun Kreise...

von der treiflichen und unermüdlich spielenden Kapelle mit Einlagen quitiert wurde. Alles in allem: es war eine Veranstaltung...

Das Konzert in Wildbad

In dem Lustspiel von Hermann Bahr, aufgeführt von Mitgliedern der „Freien Bühne Württemberg“ (Dir. Peer-Uli Faerber) im Kursaal...

Am Nachmittag wurde von derselben Gruppe im Kurtheater das Märchenstück „Die Zaubersuppe“, frei nach Wilhelm Hauff's Märchen „Zwerg Nase“, aufgeführt...

Schwann, 9. Juli 1946. Allzu früh, noch zur kurzen, schweren Leidenszeit, holte Gott seinen innigstgeliebten Gatten...

Hermann Schwarz am Freitag, den 5. Juli, im Alter von 50 1/2 Jahren zu sich in die ewige Heimat. In tiefem Leid...

Bad Teinach, 11. Juli 1946. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, mein liebes, gutes Mutterlein, unsere unvergessliche Tochter...

Marta Simon im Alter von 26 Jahren nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden in die ewige Heimat abzurufen. Für alle Beweise der Liebe während ihrer Krankheit...

Calmbach, 10. Juli 1946. Unser lieber, kleiner Sonnenschein Gertrudle ist nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 2 1/2 Jahren von uns gegangen...

Rohrdorf b. Nagold, 8. 7. 46. Immer noch auf ein baldiges Wiedersehen hoffend, erhielten wir erst jetzt durch einen Kameraden...

Jakob Schill am 28. Oktober 1945 im Alter von nahezu 45 Jahren in einem Kriegeslebenslager-Lazarett gestorben ist. Sein einziger Wunsch...

Aerztzettel Dr. G. Huwald Augenarzt Pforsheim, Kaiser-Wilhelmstr. 1, hat seine Praxis wieder aufgenommen.

Geschäftliches Uebersetzungen, engl., franz., ital. auch solche techn. Art und schwierigen Grades, eried. postwend. Herrn Ernst, (14b) Hirsau.

Brausefedern sind jetzt da, so Cito fein und Rustica. Nach aber müßt ihr sparsam sein mit Rustica und Cito fein.

Brause & Co., Isertlohn, Schreibfedelfabrik.

Elegante Unterwäsche für Damen und Herren stellen wir aus Ihrem Garnen aller Art und Trikotstoffen her.

Stellengesuche Kraftfahrer, versch. mit langjährig. Fahrpraxis, sucht Stelle, mögl. mit Wohnung. Angebote unter C 733 an S. T. Calw.

Stellenangebote Wir beabsichtigen Teilbetriebe in den Gemeinden Schwann, Langenbrand und Anburg einzurichten. Arbeitswillige, auch Halbtagskräfte...

Fortschrittlich geleitete Bijout.-Fabrik sucht weitere

Goldschmiede (auch zugel. Heimarbeitler) auf Silberfuß und montierte Stücke. Angebote unter C 727 an Schw. Tagblatt Calw erbeten.

Leica, 1,2, in tadellosem Zustand, bis 1/1000, zu kaufen oder gegen Hochwertiges und Nütliches zu tauschen gesucht.

Tausch / Geboten DKW, Chassis 600, Opel P 4 Motor u. Mot.-Ersatz, Ford BB Ersatz, 3 To., 2-Rad-Anhang m. Motorradbereifg., 26/225, 4-Rad-Anhng. Chassis m. Felgen, ca. 40 Ztr. Tragkr., f. Bauerwart, geeignet, gesucht Holzgasmaschine (fahrbar), neuwert., Wipfler, Herrenrath, Dohlestr. 35, Tel. 206.

Polisseusen auf Silberschmuck und Gold ges. Angebote unter C 729 an Schw. Tagblatt Calw erbeten.

Fragen und Mädchen sowie jugendliche Arbeitskräfte zum Anlernen in Spinnerei u. Weberei zu sofortigem Eintritt gesucht. Verkäufliche Heim-Unterkunft sowie Zuzugsgenehmigung, auch für Flüchtlinge, gewährleistet. Buschweber Sult, G. m. b. H., Sultz/Neckar.

Pferdeknecht, ehrlich, fleißig, gesucht auf Hof Nähe Floren bei Oberndorf. Näheres Metzgerei Betsch, Walddorf, Kreis Calw.

Hausgehilfin vom Lande zu Anhilfe für etwa 3 Monate gesucht. Friedrich Schländner, Unterretzenbach. Jüngeres, ehrliches Mädchen für dieb. Haushalt auf sofort gesucht. Wils. Wacker, Bäckerst., Pforsheim-Arlinger, Heubergstraße 1.

Auto-Fahrzeuge oder sonst Nützliches ges. Holzgasmaschine, fahrbar, neuwert., Wipfler, Herrenrath, Dohlestr. 35, Tel. 206.

Buchdruckmaschinen, 2 Schnellpressen, Johannsbierg, innere Rahmenweite 52x72 cm und 87,5x112,5 cm., große Postenpresse, innere Rahmenweite 22 auf 31,5 cm. Glöckner-Anlage-Apparat f. Vektor-Tiegel, inn. Rahmenweite 31,5x43 cm. gesucht geschlossenes Lieferwag., Opel, DKW o. d. und Autoteilen der Größen 40x19, 4,50x17, 5,00 auf 16 od. Uebergrößen. Angebote unter C 735 an S. T. Calw.

Suche Wstr.-Radio, 3-4 R., gegen Gleichstr.-Radio, 4 R., El. Heizplatte od. el. Kocher, 220 V., g. Kleinmotor, 220 V., 1400 U., 0,12 Amp., Gist, od. Nudelspindel-Masch., Kleinmotor, 90 cm. Tausch u. Uebereink. Auskunft erteilt Buchdr. Eisele, Wildbad.

Herrenfahrrad, sehr gut erhalten, gesucht 1 Ziehharmonika, nicht unter Clubmodell III, evtl. mit Regiator, sehr gut erhalten. Angebote unter C 1151 an Schw. Tagblatt Neuenbürg.

Kaufgesuche PKW, fahrbereit, gut erhalten, zu mieten oder zu kaufen gesucht. A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.

Nationalregistrierkasse, mit oder ohne Spartenabteilung, dringend zu kaufen gesucht. Evtl. Wertausgleich. Hotel Schwarzwaldrand, Birkenfeld, Kreis Calw. Motorrad, bis 200 cm, dringend gesucht. Was wird verlangt? Angebote unter C 731 an Schw. Tagblatt Calw. Kleiderschrank od. klein. Wasche- schränke zu kaufen gesucht. Angeb. u. C 723 an S. T. Calw.

Spangeeische (Leder), neuwert., hellbraun mit halb. Absatz, Gr. 39, ges. gleichw. m. nied. Absatz, gleich weisse Farbe. Zu ertrag. bei Frau Emilie Knöllner, Hofen s. d. Enz, Alte Straße 38.

Kochplatte, neu, 220 V., 750 W., gesucht Umstandskleid, Gr. 44, gegen Aufzahlung. Angebote u. C 736 an S. T. Calw.

Sofa, groß, neuwertig, gesucht Damenfahrrad in tadellosem Zustand, Weiß, Ebbausen.

Verloren am 8. 6. 1946 Herren-Joppe von Totalliefergesch. von einigem gut. Anzug auf d. Weg von Calmbach nach Würzbach, vermutlich zu Waldraud u. den beid. Würzbach. Mühlen. Geg. h. Bel. abz. bei Frau H. Burkhardt, Würzbach, o. Rath. Waldremsbach.

Verloren am 8. 7. im Omnibus Neuenbürg-Tübingen zw. Neuenbürg u. Calw schwarz. H.-Goldbeutel m. Inhalt. Der Finder u. gegen gute Belohn. ein Mittel. gebeten an Ferd. Staub, Neuenbürg/Würtbg. Hinterer Schloßstraße 26 (Windhof).

Mann (Metzger), ält., alleinsteh., fliegengesch., sucht Beschäftigung und Heim. Angebote unter C 1152 an S. T. Neuenbürg. Eine neuwertige Stiehmang zu verkaufen, evtl. Tausch Angeb. u. C 1150 an S. T. Neuenbürg. Hofhund, einen wachsam, verk. Johs. Schwämme, Röttenbach.

Wohnungsmarkt 3-Zimmer-Wohnung mit Küche, Zubehör und Gartenanteil, geg. gleichwert. oder 2-Zim.-Wohnung zu tauschen oder zu mieten ges. Einf.-Haus bevorzugt. Ang. u. Postfach 10 Schömburg, Krs. Calw. 2-Zimmer-Wohnung in Calw an älteres Ehepaar auf 1. 8. 1946 zu vermieten. Angebote unter C 725 an Schw. Tagblatt Calw. Zimmer, kleines, möbl., in Calw an Herrn sofort zu vermieten. Angeb. u. C 726 an S. T. Calw.